

Kommunen aus der Krise steuern!



Den Ausverkauf öffentlichen Vermögens stoppen! 5-Punkte-Programm für lebendige Städte und Gemeinden

Die Kommunen stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Auf der einen Seite müssen sie immer neue Aufgaben finanzieren, auf der anderen Seite fehlen ihnen die dafür notwendigen Einnahmen. Der Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen hat insbesondere in den stark betroffenen Regionen viele Menschen langfristig erwerbslos gemacht oder in schlecht bezahlte Jobs gebracht. Die Kommunen müssen die sozialen Folgen tragen. Gleichzeitig sind kommunale Einnahmen aus der Gewerbesteuer weggefallen und die Steuerpolitik zugunsten höherer Einkommen und Vermögen hat die öffentlichen Finanzen insgesamt deutlich geschwächt. Zudem wurden den Kommunen von Bund und Ländern zusätzliche Aufgaben ohne die nötigen Finanzmittel übertragen. Viele Städte und Gemeinden wurden so an den Rand des »Bankrotts« gebracht. Überschuldete Kommunen sind zur Regel geworden. Die Höhe der Kommunalschulden beträgt 332,3 Milliarden Euro (2015), davon machen die Kassenkredite 47,7 Milliarden Euro aus, und haben sich mit 20 Prozent zwischen 2010 und 2015 doppelt so stark erhöht wie die Gesamtschulden.

Globale (Finanz-)Krise und Kommunen

Mit der Finanzkrise 2008 und der seitdem andauernden Eurokrise haben sich die Staatsverschuldung und damit die Situation der Kommunen weiter verschärft. Die »Bankenrettung« hat nach Berechnungen des IWF bis 2013 den deutschen Steuerzahler etwa 300 Milliarden Euro gekostet. Auf kommunaler Ebene wurde vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung vieler Kommunen seit den 1990er Jahren die Privatisierung von Teilen der Daseinsvorsorge vorangetrieben, vor allem Krankenhäuser, Wohnungsbaugesellschaften und Stadtwerke wurden veräußert. Forciert wurde dies durch die auf Deregulierung und Privatisierung setzende Liberalisierungspolitik der Europäischen Union, hier vor allem auch durch die Konvergenzkriterien zur Währungs- und Wirtschaftsunion (Maastricht-Kriterien – Vertrag von Maastricht (1993)).

Die Konsequenzen dieser Politik sind im Alltag zu spüren. In den Kommunen wurde Personal abgebaut, Serviceleistungen eingestellt und Investitionen in Schulen, öffentlichen Einrichtungen und kommunalen Straßen unterlassen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat ausgerechnet, dass es einen »Investitionsstau« von 140 Milliarden Euro für bauliche Maßnahmen wie Schulen, Abwasserkanäle und öffentliche Gebäude gibt.

So genannte Freiwillige Leistungen, wie der Betrieb von Schwimmbädern, Kultureinrichtungen, aber auch der öffentliche Wohnungsbau, fallen dem Rotstift zum Opfer. Kommunale Steuersätze werden teilweise dramatisch erhöht, was Druck auf die Mietkosten ausübt und die Chancen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung deutlich schmälert. Die Mieten in den Ballungsräumen steigen auch, weil immer mehr renditeorientierte Anleger in Immobilien investieren und Wohnraum für ärmere Schichten immer knapper wird. Gerade die Ärmsten geraten in Bedrängnis, wenn es keine bezahlbaren Wohnungen mehr gibt, Straßenbahn- und Buslinien eingestellt werden, Schwimmbäder, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen geschlossen werden. Die Teilhabe am öffentlichen Leben wird teurer, für manche unbezahlbar; Freizeit, Bildung und Kultur, unsere gesamte Lebensqualität leidet unter der kommunalen Sparpolitik.

Freihandelsverträge schaden den Kommunen

Mit den bilateralen Investitions- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sowie dem multilateralen Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zwischen den USA, Canada, der EU, Australien sowie lateinamerikanischen und asiatischen Ländern, z. B. Japan, Türkei, Pakistan, soll der von der Profitmaximierung geleitete globale Wettbewerb weiter angeheizt werden. Die öffentliche Daseinsfürsorge wird dem globalen Markt geöffnet. Gewinner sind dabei meist nur große multinationale Konzerne. Dies bedeutet nicht nur eine Privatisierung kommunalen Vermögens, sondern auch die Entdemokratisierung der Kommunalwirtschaft.



Kommunale Daseinsvorsorge

Deutschland ist nach Art. 20 Grundgesetz ein sozialer Staat. In Verbindung mit Art. 28.2 ist den Kommunen die Aufgabe auferlegt, für ihre Bevölkerung die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in Selbstverwaltung zu regeln (kommunale Daseinsvorsorge). Dazu gehören Einrichtungen und Leistungen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Bildung, Gesundheit und Kultur, nicht zuletzt auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit sozialen Nachteilen. Die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge sind elementar für das alltägliche Leben und Zusammenleben der Menschen und dürfen nicht der globalen Konkurrenz und der Profitmaximierung, also internationaler Konzernpolitik unterworfen sein/werden.

Tax the Rich – Mehr Geld in die Kommunen!

1997 wurde die Vermögensteuer abgeschafft. Unter anderem dadurch liegt Deutschland bei der Besteuerung von Vermögen etwa bei der Hälfte des Durchschnitts der OECD-Länder. Jährliche Einnahmen von 20 Milliarden Euro durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sind möglich. Die Vermögensteuer würde zu mehr Steuergerechtigkeit führen. Heute besitzt 1 Prozent der Bevölkerung mehr als ein Drittel des Vermögens, während die unteren 80 Prozent der Bevölkerung weniger als ein Viertel des gesamten Vermögens besitzen.

Diese ungerechte Vermögensverteilung wird weitervererbt. Bis 2024 werden wahrscheinlich etwa 2 Billionen Euro vererbt. Große Erbschaften müssen daher wesentlich höher als bisher besteuert werden. Die Begünstigung des Betriebsvermögens lehnen wir ab. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Erbschaftsteuer Betriebsübergänge an die folgende Generation behindert und Arbeitsplätze gekostet hat. Insgesamt kann das Aufkommen der Erbschaftsteuer auf etwa zehn Milliarden Euro gesteigert werden.

Zusammen mit anderen steuerpolitischen Maßnahmen zugunsten der Geringverdienenden ließen sich unter anderem für die Finanzierung kommunaler Aufgaben zusätzliche Steuererlöse in Höhe von über 110 Milliarden Euro erzielen.

Kommunen in Not! Zeit für die Stärkung des Kommunalen!

Es geht nicht nur um Schwimmbäder und Büchereien. Die kommunale Selbstverwaltung gerade in Städten und Kommunen mit wirtschafts- und sozialstrukturellen Nachteilen steht vor dem Ausverkauf. Der jahrelange Sparzwang hat jede Debatte um Gestaltung erstickt, Ratsentscheidungen verkommen zum Vollzug eines finanziell bedingten Sachzwangs. Wahlbeteiligungen bei Kommunalwahlen um 40 Prozent und niedriger zeigen, dass das Vertrauen in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Kommunalpolitik schwindet. Dabei ist die Kommune der Ort, in der Politik und ihre Wirkungen konkret spürbar sind. Die aktuelle Entwicklung gefährdet – wie das Aufkommen populistischer Strömungen zeigt – die Grundlagen der Demokratie.

Wir machen uns deshalb stark für eine neue Finanzierungsgrundlage der Kommunen. Attac fordert einen Schuldenerlass auf Grundlage eines transparenten Schuldenaudits. Aufgaben, die den Kommunen durch Bund und/oder Länder zur Erfüllung aufgegeben werden, müssen durch die Auftraggeber vollständig refinanziert werden (Konnexität).

Das 5-Punkte-Programm für lebendige Städte und Gemeinden

- 1 Stopp des Ausverkaufs der kommunalen Infrastruktur durch Privatisierung und so genannte Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Statt dessen Re-Kommunalisierung und demokratische Kontrolle der kommunalen Betriebe.
- 2 Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens und des kommunalen Anteils daran von derzeit ca. 12 Prozent auf 20 Prozent. Das würde 50 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für Städte und Gemeinden bedeuten. Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer.
- 3 Neubelebung des kommunalen Wohnungsbaus, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.
- 4 Einführung eines BürgerInnen-Budgets, so dass die Menschen vor Ort wirklich und nicht nur alle vier oder fünf Jahre bei Wahlen konkret mitgestalten können, auf welche Weise lebenswerte Verhältnisse in ihrem Stadtteil oder ihrer Gemeinde entwickelt werden.
- 5 Einrichtung einer Städte- und Gemeindekammer als gleichberechtigte dritte Ebene neben Bund und Land, damit Kommunen endlich den Verfassungsauftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nach Artikel 28 GG einfordern können.

Mehr Informationen zum Thema findet Ihr auf www.attac.de/kommunen.

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites Netzwerk, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. In über 30 Ländern haben sich Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung, aus Kirchen und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. Allein in Deutschland machen schon über 25.000 Menschen mit. Attac streitet für ein faires Welthandelssystem, gegen die Übermacht der Finanzmärkte und gegen die lokale und weltweite Verteilungs-Ungerechtigkeit. Das Netzwerk entwickelt Alternativen für ein solidarisches und umweltverträgliches Miteinander. Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln

oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Gegen den Ausverkauf der Kommunen und für die Stärkung der Öffentlichen Hand und des Gemeinwesens arbeitet innerhalb von Attac die AG Kommunen. Mehr Informationen finden sich unter www.attac.de/kommunen; dort findet sich auch ein Link zur Webseite der AG, zu Hintergründen und zu den Ansprechpartner_innen der AG für Interessierte.

Weitere Adressen und Ansprechpartner_innen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:
Attac · Münchener Straße 48 · 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99 · info@attac.de